

**II - 100 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode**

Nr. **64 1J**

1983 -07- 05

A N F R A G E

der Abgeordneten Dipl. Ing. Flicker
und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend verstärkte Förderung der Grenzlandregionen

Die Entwicklungschancen der Regionen an der österreichischen Staatsgrenze, speziell an der Grenze zum Osten, hinken weit hinter denen anderer Gebiete nach. Hohe Arbeitslosenraten, besorgniserregende Abwanderungsquoten und die unbefriedigende Einkommenssituation kennzeichnen die Situation der Bevölkerung, die im Nahbereich der Staatsgrenze lebt.

Die Bundesrepublik Deutschland hat zur Förderung der benachteiligten Grenzgebiete ein sogenanntes Zonenrandförderungsgesetz erlassen. Die Erfahrungen mit diesem Gesetz waren äußerst positiv, und die wirtschaftlichen Auswirkungen des Gesetzes haben dazu geführt, daß diese Benachteiligung gemindert werden konnte.

Auch die Niederösterreichische Volkspartei hat zum Problem der Benachteiligung der Grenzgebiete im "Modell Niederösterreich" umfassend Stellung genommen und analog zum vorhin erwähnten Zonenrandförderungsgesetz ein Bundesgrenzlandförderungsgesetz vorschlagen.

Besondere Förderungsmaßnahmen für das Grenzland könnten u.a. sein:

- Sonderabschreibungen für Betriebe in besonders benachteiligten Grenzlandregionen.
- Bevorzugung von Grenzlandbetrieben bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen.
- Durchführung eines Frachtkostenausgleiches, um den Standortnachteil der Betriebe im Grenzland teilweise wettzumachen.

-2-

Angesichts der prekären wirtschaftlichen Situation und des angespannten Arbeitsmarktes in den Grenzlandregionen weisen die unterfertigten Abgeordneten darauf hin, daß die Grenzlandpolitik eine nationale Aufgabe ist und stellen daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

Wird die sozialistische Koalitionsregierung eine Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgrenzlandförderungsgesetz dem Nationalrat zuleiten, das sich inhaltlich am deutschen Zonenrandförderungsgesetz orientiert, um endlich eine wirksame Förderung der niederösterreichischen Grenzgebiete in Gang zu setzen?